

Pressearchiv (2005 - 2019)

"Wer soll das bezahlen?"

06.06.2013 20:00 von Bi-Bahntrasse

Pressemitteilung der BI zur Frage der Finanzierung des Tunnels

 [Pressemitteilung der BI-Bahntrasse vom 6. Juni 2013 \(157,6 KiB\)](#)

Stellungnahme zum verkehrspolitischen Gespräch Kretschmann / Grube

Eines vertreten die vorherige und die jetzige Landesregierung in Baden-Württemberg gemeinsam: „Wir beteiligen uns nicht an den Kosten für einen Tunnel in Offenburg.“ Die Begründung: Laut der 628-seitigen Stellungnahme des Regierungspräsidiums Freiburg hat die A3-Planung der Bahn für Offenburg keine Chance auf Genehmigung.

Also handelt es sich bei einem Offenburger Tunnel um eine Neuplanung. Zu deren Finanzierung hat es aber nie eine landespolitische Zusage gegeben – im Unterschied zur finanziellen Beteiligung an den Mehrkosten für die Optimierung einer geplanten Strecke in Freiburg oder im nördlichen Markgräfler Land. D.h.: Von dem Gespräch Kretschmann / Grube konnten keine neuen Positionen zur Finanzierung erwartet werden – dafür wäre immer noch der Landtag zuständig.

Für die BI Bahntrasse Offenburg hat sich deswegen an den bisherigen Herausforderungen nichts geändert: Wir werden uns weiterhin mit allem Nachdruck der Klärung der Finanzierungsfrage widmen – auf der Basis unseres bisher erfolgreichen Wirkens: Wir konnten – auch dank des durch den „Offenburger Konsens“ erreichten Zusammenwirkens von BI und Stadt – entscheidend dazu beitragen, dass die A3-Planung der Bahn durch den Projektbeiratsbeschluss vom 8. Mai 2013 politisch tot ist.

Verkehrsminister Ramsauer behauptet zwar fälschlicherweise immer noch, dass die A3 genehmigungsfähig sei. Aber da lässt sich ja das Gegenteil beweisen. Und immerhin hat der Minister inzwischen eingesehen, dass diese Trasse den Menschen in Offenburg „kaum zuzumuten“ sei. Da fehlt nun nur noch – bei 45.840 Einwendungen – der kleine Schritt zu der ministeriellen Einsicht: Die A-3-Planung ist Offenburg auf keinen Fall zuzumuten.

Wir werden also als BI Bahntrasse – im engen Schulterschluss mit der Stadt Offenburg, den vereinigten Bürgerinitiativen am Oberrhein (IG BOHR) und allen baden-württembergischen Vertreterinnen und Vertretern im Projektbeirat - die Finanzzuständigkeit des Bundes einfordern und auch die Deutsche Bahn nicht außen vorlassen. Wer anderswo Milliardenbeträge nachschieben kann, wird für ein so gewinnträchtiges Unternehmen wie die Rheinstalstrecke wenigstens einen Teil dieses Betrags investieren können. Und sollte es zu weiteren Verständigungen / Vereinbarungen zwischen allen politisch und planerisch Beteiligten kommen: Den Menschen vor Ort könnte es nur recht sein.

Sollten wir feststellen, dass auf einmal (wie es auch vor der Gründung des Projektbeirats der Fall war) die politische und planerische Verantwortung für ein Jahrhundertprojekt in einem Bermuda-Dreieck der Verantwortungslosigkeit zu verschwinden droht, werden wir dem im Projektbeirat in aller Deutlichkeit entgegenreten. Dieses entschiedene Eintreten für die Menschen am Oberrhein hat sich in diesem Gremium bisher bestens bewährt. Sollte das wider Erwarten nicht erfolgreich sein, wird es uns an nachhaltigen Aktionen nicht mangeln, wie sie sich in der badisch-oberrheinischen Protestkultur schon häufiger als der Weg zu einer besseren politischen Einsicht bewährt haben.